



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 18.12.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Raum 113
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:40 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Peinhardt
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:47 Uhr
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Hartmut Büchner	Sachkundiger Einwohner
Jörg Erdsack	Sachkundiger Einwohner
Mario Schaaf	Sachkundiger Einwohner
Levin Velt	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Dieter Wilts	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
Ralf Borries	Fachbereichsleiter Rechnungsprüfung
Gunnar Schaaf	amt. Abteilungsleiter Jahresabschluss
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Alexander Raue	AfD Stadtratsfraktion Halle
Marianne Böttcher	Sachkundige Einwohnerin
Carsten Hoheisel	Sachkundiger Einwohner
Tobias Neumann	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Krischok eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krischok informierte die Mitglieder, dass der Tagesordnungspunkt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.09.2018

vertagt wird.

Frau Krischok bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 22.02.2018
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.09.2018
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017
Vorlage: VI/2018/04382
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 22.02.2018

Frau Krischok bat um Abstimmung über das Zusatzblatt zur Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

Im Anschluss bat sie um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017
Vorlage: VI/2018/04382**

Herr Geier sagte, dass die Unterlagen 14 Tage zu spät dem Rechnungsprüfungsamt übergeben wurden. Die gesetzliche Frist war der 30.04.18. Bei der Bilanz ergab sich aus dem Verlauf des Jahres 2017 eine Verringerung der Bilanzsumme um 25,2 Millionen. Der Grund dafür ist der Abgang von liquiden Mitteln auf der Aktivseite in Höhe von 28,1 Millionen und dem Zugang von Anlagen im Bau in Höhe von 32,3 Millionen. Auf der Passivseite gibt es einen Zugang zu den Sonderposten in Höhe von 28,6 Millionen, dabei handelt es sich um die Fördermittel. Es liegt ein Abbau von Rückstellungen in Höhe von 3,5 Millionen vor. Es erfolgte ein Abbau bei den Verbindlichkeiten von Investitionskrediten in Höhe von 11,6 Millionen. Der Liquiditätskredit wurde um 31 Millionen abgebaut 4,3 Millionen wurden im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung abgebaut.

Bei der Ergebnisrechnung ist ein Jahresergebnis von +280.000 Euro. 2017 wurden insgesamt 3 Millionen Euro Steuern mehr eingenommen. **Herr Geier** sagte, dass die Stadt höhere Zulagen und allgemeine Umlagen erhalten hat. Eine Erhöhung der Finanzerträge um 2 Millionen ist erfolgt. Im Bereich des Personals gibt es Mehraufwendungen von 8 Millionen Euro aufgrund von Tarifierpassungen. Zinsaufwendungen konnten um 1,9 Millionen verringert werden. **Herr Geier** ging weiter auf die Finanzrechnung ein und sagte, dass es ein positives Ergebnis von 19,3 Millionen Euro gibt. In 2017 wurde keine Kreditaufnahme für Investitionen gemacht. Die Investitionskredite zum 31.12.17 lagen bei 112,2 Millionen und die Liquiditätskredite lagen bei 309 Millionen.

Herr Borries gab eine kurze Einführung. Er sagte, dass die Prüfung bis 26.09. andauerte und zwischendurch ein regelmäßiger Kontakt zur Kämmerei bestand, um aufkommende Fragen zu klären. Als Fazit kann gesagt werden, dass Verbesserungen erkennbar sind, aber noch nicht alles optimal läuft. Die Dokumentation ist nicht ausreichend, beziehungsweise die Dokumente sind nicht aussagekräftig genug.

Die Fachbereiche werden oft auf die Einhaltung verschiedener Vorgaben hingewiesen, halten diese jedoch nicht ein. Eine Kontrolle der Zuarbeiten sollte durch die Kämmerei erfolgen.

Herr Borries sagte, dass vonseiten der Rechnungsprüfung angeraten wird, ein weiteres internes Kontrollsystem (IKS) im Bereich der Kämmerei zu installieren. Außerdem sollte geprüft werden, in wieweit sich eine Zentralisierung der Buchhaltung bzw. eine Teilzentralisierung umsetzen lässt. Der Jahresabschluss stellt ein Bild der aktuellen Lage dar und aus der Sicht des Bereiches Rechnungsprüfung kann der Oberbürgermeister entlastet werden.

Herr Doege fragte, wer die Vorlage weiter führt, wenn diese nicht abgestimmt werden kann.

Herr Borries sagte, dass der Ansprechpartner Herr Borries sein wird.

Frau Krischok schlug vor zuerst den Prüfbericht Anlage 4 zu behandeln.

Herr Wilts fragte zu Seite 9, Ziffer 11, ob kein Kommentar abgegeben wurde.

Herr Borries bejahte dies.

Herr Büchner fragte zu Seite 11, was der Grund dafür ist, dass die Stadt in fünf Jahren um 116 Millionen Euro ärmer geworden ist und 90 Millionen Euro Eigenkapital verloren hat.

Herr Geier sagte, dass sich die Bilanzpositionen verändert haben und als regulativ da nur das Eigenkapital zur Verfügung steht und aus diesem Grund verringert sich das. Dies kann sich natürlich auch umkehren in Form eines Bilanzgewinnes.

Herr Büchner fragte, ob die Eigenkapitalquote für die Stadt nicht so wichtig ist.

Herr Geier sagte, dass dies nur wichtig wäre, wenn eine Stadt sich den Finanzierungsgrundsätzen der Privatwirtschaft stellen müsste.

Herr Schiedung fragte zur Seite 12, Punkt 22, was mit einer verbesserungswürdigen Inventur gemeint ist.

Herr Schaaf antwortete, dass 2018 Inventurbeobachtungen im Bereich Schulen durchgeführt wurden, vier Schulstandorte wurden besucht und es konnte keine Einheitlichkeit festgestellt werden.

Frau Rudolf sagte, dass die Inventur durch zwei Personen durchgeführt wird. Nicht alle Räume wurden besichtigt, eigentlich müssen alle Vermögensgegenstände und Räume in Augenschein genommen werden.

Herr Geier sagte, dass eine Inventarordnung erstellt werden soll und diese im Dialogverfahren mit dem Rechnungsprüfungsamt rückgekoppelt werden sollte. Im ersten Quartal 2019 soll diese vorliegen und als Verwaltungsvorschrift in Kraft treten.

Herr Willts fragte, ob es Ansätze für ein internes Kontrollsystem gibt, das nicht nur die Zuständigkeiten regelt, sondern auch in die Tiefe geht.

Herr Borries sagte, dass dies in manchen Bereichen in den Ansätzen vorhanden ist aber nicht alle Risiko behaftete Bereiche über ein ausreichendes IKS verfügen.

Frau Rudolf sagte, dass im Liquiditätsmanagement im Jahr 2019 ein IKS installiert werden soll. Außerdem soll der Bereich Steuern ein IKS erhalten, dies wird etwas dauern, da es sich um einen sehr großen Bereich handelt.

Herr Wilts fragte, wie der Oberbürgermeister oder die Beigeordneten das interne Kontrollsystem durchführen.

Herr Geier sagte, dass die Verwaltung jetzt Stück für Stück IKS Systeme einführt und da noch Zeit benötigt wird, bis jeder Fachbereichsleiter dies richtig anwendet.

Frau Krischok fragte, wie viele Verwaltungsvorschriften erstellt werden sollen. Sie fragte außerdem, welche Steuerberatungsgesellschaft die Stadtverwaltung hat.

Herr Geier antwortete, dass sich jeder Fachbereich angeschaut werden muss, anhand der Umsatzsteuer soll die Herangehensweise gelernt werden. Die Zielsetzung ist bis 2021 diese Prüfung durchzuführen. Der Fachbereichsleiter muss das IKS implementieren.

Herr Wilts fragte, wer die Fachbereichsleiter in ein IKS einbezieht.

Herr Geier antwortete, dass dies zentral über den Bereich Finanzen gesteuert wird. Dies kommt aus der Querschnittsfunktion der Bereiche.

Herr Schiedung fragte zur Seite 14, Punkt 27/28, ob dort bereits Personal aufgestockt wurde.

Frau Rudolf sagte, dass eine Zentralisierung 2013 stattfand. In dem Bereich arbeiten derzeit zwei Mitarbeiter, die derzeit an der Betriebsprüfung des Finanzamtes arbeiten. Im Januar werden Vorstellungsgespräche zur Besetzung einer Stelle geführt. Frau Krischok fragte, wo die neue Stelle im Stellenplan zu finden ist. Außerdem fragte Sie, ob für die Bäder GmbH und die Wochenmärkte 2011 bis 2014 die Steuererklärungen dem Finanzamt übergeben wurden.

Herr Geier antwortete, dass bei dem Personal eine stellenneutrale Umschichtung innerhalb der Kämmerei stattfand.

Herr Geier sagte, dass die Steuererklärungen erstellt sind aber noch nicht dem Finanzamt vorliegen.

Herr Büchner fragte zur Seite 23 Punkt 67, warum sich die Stadt mit der doppelten Denkweise so schwertut.

Herr Geier antwortete, dass dies mit der Grundsatzfrage, ob eine Buchführung zentral oder dezentral geführt werden soll zu tun hat. Bei der damaligen Einführung hat man sich dazu entschieden, das bestehende dezentrale System zu lassen und die Doppik darauf aufzubauen. Die neuen technischen Möglichkeiten werden derzeit abgewartet, inwiefern diese Verbesserungen bringen.

Herr Wilts fragte zur Seite 23, ob nicht alle Unterlagen vorgelegt wurden.

Herr Borries antwortete, dass nicht zu allen Positionen vollständige Unterlagen vorhanden waren.

Herr Wilts fragte zur Seite 31, Nummer 113, ob sich die Transferleistungen um 0.6 Millionen Euro für die Stadt erhöht haben und die Stadt dadurch Verluste hat.

Herr Büchner fragte zur Ziffer 111, warum die Gewerbesteuereinnahmen um 3,5 Millionen Euro zurückgegangen sind.

Herr Geier antwortete, dass 3,5 Millionen Euro weniger im Bezug zur Planung eingenommen wurden.

Herr Wilts bat um eine Erläuterung zur Seite 31, Ziffer 121.

Herr Geier sagte, dass das eine Grundsicherung für Arbeitssuchende ist. 7,7 Millionen mehr mit teilweise Erstattungen vom Bund. Weiterhin handelt es sich um Forderungsbereinigungen von 6,3 Millionen.

Herr Schiedung fragte zur Seite 40, Ziffer 169, wie die falsche Schätzung zustande kam.

Herr Geier antwortete, dass die Entscheidungen in den jeweiligen Aufsichtsräten getroffen werden. Der entsprechende Betrag wird dann ausgeschüttet.

Herr Schiedung fragte zur Seite 56, nach den haushalterischen Auswirkungen des nicht Abschreibens.

Herr Geier sagte, dass momentan keine Abschreibungen möglich sind, man den Betrag aber jährlich ausweist.

Zur Seite 57 Ziffer 259 fragte **Herr Wilts**, wann dies erledigt ist und bat um Vorlage.

Frau Krischok zur Seite 249, fehlt die Übersicht auf die verwiesen wird.

Frau Rudolf sagte, dass es sich um einen Schreibfehler handelt und der Teilsatz gestrichen wird.

Herr Büchner fragte zur Seite 67, Punkt 303, warum dies nicht realisiert wurde, wenn es doch ein Beschluss des Stadtrates ist.

Frau Rudolf antwortete, dass das Eigenkapital von der Eröffnungsbilanz in den Einzelpositionen aufgearbeitet werden muss. In dem Konto 2031 wurde der Fehlbetrag technisch fortgeschrieben und jetzt muss eine Umbuchung erfolgen.

Zur Seite 75, Nummer 338 fragte **Herr Wilts** nach dem Sachstand.

Herr Büchner fragte zur Seite 77, Nummer 340, was der Grund dafür ist, dass eine Vergleichbarkeit des Inventars von 2016 und 2017 nicht gegeben war.

Frau Rudolf antwortete, dass es keine Vorschrift zur Dokumentation von Rückstellungen gibt und die Verwaltung sich da ein eigenes System überlegt hat. Es wird in dem Jahr gebucht, in dem es anfällt.

Herr Schiedung fragte zum Punkt 341, ob Rückstellungen vollständig aufgelöst werden müssten und wieder neu gebildet werden.

Herr Borries antwortete...

Herr Wilts bat zur Seite 84, Nummer 367, um Schilderung des Risikos.

Frau Rudolf antwortete, dass ein Mitarbeiter, der nicht mehr bei der Verwaltung arbeitet aufgelistet war, dies jedoch bereits behoben und die Eintragung gelöscht wurde.

Herr Schiedung fragte, ob es für diesen Fall eine interne Regelung gibt, wie in der Situation agiert wird.

Frau Rudolf sagte, dass es dazu eine Regelung gibt, die 2019 in Kraft tritt.

Herr Wilts fragte zur Seite 88, Punkt 387 nach dem Sachstand.

Herr Borries sagte, dass mit Abschluss der Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses 2018 dies so durchgeführt werden kann. Die überprüften Werte müssen dann als ergebnisneutrale Berichtigung erfolgen.

Herr Wilts fragte, ob das Rechnungsprüfungsamt bestätigen kann, dass alle Bücher, Belege und sonstige Unterlagen zur Prüfung zur Verfügung gestellt wurden.

Herr Schaaf sagte, dass es dafür die Vollständigkeitserklärung gibt.

Herr Borries sagte, dass alle geforderten Unterlagen vorgelegt wurden. Ob das alles, ist was in der Verwaltung vorhanden ist, kann nicht gesagt werden.

Frau Krischok bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: **zugestimmt nach Änderung**

Abstimmungsergebnis SR: **zugestimmt nach Änderung**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2017 mit einer Bilanzsumme von 1.851.162.135,23 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 280.516,14 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 die Entlastung.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Information zur Berichterstattung**

Herr Borries sagte, dass zukünftig Baugutachten ab einem Einzelbetrag von 2000 Euro und sonstige Gutachten und Beratungsleistungen ab einem Wert von 1000 Euro in die Aufstellung und in die Berichterstattung aufnehmen wollen. Ein entsprechender Beschluss wird nach Prüfung nicht benötigt, da der Stadtrat nie die Form der Berichterstattung beschlossen hat, sondern nur, dass jährlich eine stattfindet. Zukünftig werden die Vergabenummer und das beteiligte Gremium in eine Spalte mit eingefügt.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Frau Krischok zur Prüfung auf Regressansprüche**

Frau Krischok fragte, ob die Verwaltung derzeit prüft inwiefern die Softwareentwickler in Regress genommen werden können.

Herr Geier antwortete, dass die Antwort im nicht öffentlichen Teil erfolgt.

zu 8.2 **Frau Krischok zum vier Augen Prinzip**

Frau Krischok fragte, ob vom Land bereits eine Antwort zum vier Augen Prinzip vorliegt.

Herr Geier antwortete, dass dazu bisher keine Infos vorliegen.

zu 9 **Anregungen**

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Krischok beendete den öffentlichen Teil.

Marion Krischok
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin